

# Arbeitsgemeinschaft Bonner Bürgerinitiativen

c/o: Bernhard Wimmer, Baumschulallee 33, 53125 Bonn,  
Tel.: (0228) 28 94 622, Fax: (0228) 90 91 911  
[wimmer.bernhard@web.de](mailto:wimmer.bernhard@web.de)

Presseerklärung, 24.08.2007

Der Widerspruchsbescheid des Regierungspräsidenten Köln vom 20. August 2007 in Sachen Metropol stellt eine schallende Ohrfeige für die Oberbürgermeisterin und die Bonner SPD-CDU Koalition im Stadtrat dar

Die Arbeitsgemeinschaft der Bonner Bürgerinitiativen sieht den Kampf der Bürgerinitiative „Pro Metropol“ und deren Argumentation für den Erhalt dieses stadtgeschichtlich bedeutenden Denkmals in der Bonner Innenstadt durch den Regierungspräsidenten in Köln voll bestätigt.

Der Regierungspräsident Köln bestätigt in seinem Widerspruchsbescheid voll die Auffassung der Bonner Bürgerinitiativen, dass

- die inzwischen von SPD und CDU in wesentlichen Teilen für genehmigungsfähig gehaltenen Maßnahmen der Eigentümer einen großen Teil der denkmalgeschützten Bausubstanz zerstören würden,
- dass diese Maßnahmen mit dem Denkmalschutz nicht vereinbar sind und
- dass sie daher abzulehnen seien.

Für die Bürgerinitiativen ergibt sich daraus, dass die von SPD und CDU beabsichtigte Zustimmung zum angeblich „neuen“ Bauantrag und dessen Genehmigung durch die Oberbürgermeisterin schlicht rechtswidrig wären.

Und der RP bestätigt in seinem Widerspruchsbescheid weiter ausdrücklich,

- dass die Eigentümer des Metropolis es grundsätzlich hinnehmen müssen, dass ihnen möglicherweise eine rentablere Nutzung des Grundstücks verwehrt ist. Art. 14 Abs. 1 Grundgesetz schütze nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes nämlich nicht die einträglichste Nutzung des Eigentums. Der Regierungspräsident widerlegt in seiner Begründung ausführlich die Behauptung der Eigentümer, dass keinerlei andersartige sinnvolle Nutzungsmöglichkeit als die von den Eigentümern beantragte für das Metropol bestehe.

Bernhard Wimmer, Sprecher der *Arbeitsgemeinschaft Bonner Bürgerinitiativen*: “Die Oberbürgermeisterin wie auch die Sprecher von SPD und CDU im Planungsausschuss sind für ihrer hochmütige Abqualifizierung des in den Bürgerinitiativen versammelten Fach- und Sachverständs als "selbsternannte Denkmalschützer" durch den Regierungspräsidenten abgewatscht worden“.

Der *Arbeitsgemeinschaft Bonner Bürgerinitiativen* gehören folgende Vereine und Initiativen an:

- Aktionsgemeinschaft Bahnhofsvorplatz / Pro Bahnhofsvorplatz
- Bürgerinitiative Haus der Bildung Bottlerplatz
- Bürgerinitiative Viktoriabad
- frauen formen ihre stadt
- Pro Metropol
- Rettet die Redoute und die Kurfürstenallee
- Verkehrsforum Bonn

Mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung.